

Stadtwerke Union Nordhessen

Appell an Bund und Länder

[20.03.2013] Die Stadtwerke Union Nordhessen sieht Arbeitsplätze in der Region in Gefahr, wenn die Strompreisbremse der Bundesregierung greift.

Die von der Bundesregierung geplante Strompreisbremse gefährdet Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Nordhessen. Dies teilt die Stadtwerke Union Nordhessen im Vorfeld des Treffens der Ministerpräsidenten der Länder mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am morgigen Donnerstag (21. März 2013) mit. Bei dem Termin im Kanzleramt soll es um die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gehen. Martin Rühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfhagen und der Stadtwerke Union Nordhessen, warnte: „Die so genannte Strompreisbremse hat das Potenzial, unserer Region großen Schaden zuzufügen.“ Er sieht den Ausbau der Windenergie im Binnenland und vor allem in Nordhessen in Gefahr. Durch die geplanten Maßnahmen zur Strompreisreduzierung könnten bei der Windenergie im Binnenland nur rund 70 Millionen Euro gespart werden, es würden aber Investitionen für 2014 in einer Größenordnung von vier bis fünf Milliarden Euro gefährdet, so Rühl. Damit diese Summe investiert wird und auch in Nordhessen Wertschöpfung entsteht, müsse die Investitionssicherheit für die derzeit geplanten Projekte erhalten bleiben. Eine übereilte Entscheidung am Donnerstag drohe dies zunichte zu machen.

(al)

Stichwörter: Politik, EEG, Stadtwerke Union Nordhessen, Stadtwerke Wolfhagen